

8.7.1917

— (Die Vermögensabgabe.) In dem letzten in der Gesellschaft der Volkswirte abgehaltenen Diskussionsabend über die Vermögensabgabe, erörterte Dr. Michael Sainisch die Gründe, die für die „Abbürdung“ der Schulden durch eine Vermögensabgabe sprechen. Für eine Vermögensabgabe treten deshalb alle jene ein, die eine sofortige Herstellung der Valuta wünschen. Eine solche aber sei bedenklich, weil durch sie der relative Wert der Kriegsschulden ungeheuer erhöht würde. Auch für die Unternehmer wäre sie bedenklich, da der Herabsetzung der Preise nicht eine solche der Löhne folgen würde. Der Abbau der Löhne werde überhaupt eine sehr schwierige Aufgabe sein. Die Vermögensabgabe auf das Ergebnis der Einkommensteuerfession zu basieren, sei bedenklich. Zunächst sei man genötigt, einen Schluß aus der Vergangenheit auf die Zukunft zu ziehen, der bei der Ungewißheit der Verhältnisse jetzt weniger zulässig sei als sonst. Sodann müsse man überhaupt den Einkommensteuerfessionen mit Mißtrauen begegnen. Noch immer entzögen sich erhebliche Teile des Volkseinkommens der Besteuerung. Auf dem Lande und in nicht deutschen Gegenden dürfte das versteuerte Einkommen mit dem wirklichen nicht übereinstimmen. Es bestünde die Gefahr, daß die Verteilung der Vermögensabgabe ungleich erfolgen würde und daß die Deutschen, die an sich schon unverhältnismäßig große Opfer gebracht hätten, die Hauptlast übernehmen müßten. Insbesondere würden Galizien und die Bukowina zu einer Vermögensabgabe nur in geringem Maße herangezogen werden können. Beiden Ländern, die etwa ein Drittel der Einwohner ganz Oesterreichs herbergen, stünde aber angesichts ihrer natürlichen Hilfsquellen eine schöne Zukunft bevor. Für einen Hauptnachteil der Vermögensabgabe hält es der Redner, daß man in ihr bevölkerungspolitische Gesichtspunkte nicht vertreten könne. Eine Differenzierung der Besteuerung nach dem Familienstande sei aber angesichts des Sinkens der Geburtsziffer dringend geboten. Von einer hohen Vermögensabgabe befürchtet Redner eine Schädigung des aufstrebenden, mit fremdem Kapital arbeitenden Mittelstandes. Er glaubt, daß durch sie die Abhängigkeit von den Banken und die Konzentration der Betriebe gefördert werden würde. Es sei fraglich, ob die Forderung nach einer Vermögensabgabe gerade in jenen Preisen erhoben werde, die den Kampf gegen das große Kapital auf ihre Fahne geschrieben haben. An Stelle der Vermögensabgabe empfiehlt Dr. Sainisch eine stark progressive Vermögenszuwachssteuer, in die man alle neu ankaufte Vermögensbestandteile, insbesondere auch Kunstgegenstände und Schmuck, zum Anschaffungswert einbeziehen könne.